

# Pressespiegel

Winter 2012

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiter,

zu Beginn des Neuen Jahres erhalten Sie anbei einen Überblick der  
Presseberichterstattung über die Arbeit der BVV- Fraktion und des Bezirksamtes für die  
Monate November (2. Monatshälfte) und Dezember 2012.

Ihr  
Ralf Olschewski



**CDU**

Fraktion Tempelhof-Schöneberg

# Wohin mit den Rädern?

BW  
26.12.12

## Bezirksverordnete fordern Abstellmöglichkeit am Wittenbergplatz

Schöneberg. Offenbar hat man das bei der Umgestaltung des Wittenbergplatzes einfach vergessen: Die für die Sanierung abgebauten Fahrradbügel wurden nicht ersetzt. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) will das nun nachgeholt sehen.

Nach drei Jahren Bauzeit ist der Mittelsteifen des Tauentzien endlich durchgängig vom Europacenter bis zum Wittenbergplatz fertig. Die sanierte Wegeverbindung über die Grenze der Bezirke Tempelhof-Schöneberg und Charlottenburg-Wilmersdorf hinweg wurde als besonders

schlenderfreudig angekündigt. Allerdings galt das wohl vor allem für die Fußgänger. An die Radfahrer wurde, zumindest am Wittenbergplatz, nicht gedacht. Momentan gibt es kaum Möglichkeiten, Räder hier anzuschließen.

Deshalb hagelt es nun Kritik an den Planern vor allem in den beiden Bauämtern der Bezirke. Der Wittenbergplatz gehört zwar zu Schöneberg. Die Hauptverantwortung für die vom Bund-Länder-Programm „Aktive Zentren“ mit 1,8 Millionen Euro finanzierte Maßnahme lag allerdings beim Nachbarbezirk. Trotzdem soll es der Tempelhof-Schöneberger Baustadtrat

Daniel Krüger (CDU) jetzt richten. Die hiesige BVV hat in ihrer Dezember-Sitzung beschlossen, dass das Bezirksamt gemeinsam mit dem für die Umgestaltung des Tauentzien zuständigen Architekturbüro nach möglichen Flächen für Fahrradständer direkt am U-Bahnhof oder „alternativ auf anderen Flächen des Wittenbergplatzes“ suchen soll. Damit die Räder nicht mehr, wie momentan, behelfsmäßig an den Begrenzungszäunen um die Mittelinsel angeschlossen werden müssen. Die Vorschläge sollen Anfang des Jahres im zuständigen Ausschuss vorgestellt werden,

bevor die Baumaßnahmen im Frühling beginnen sollen. „Damit in der Fahrradsaison 2013 genügend Abstellanlagen zur Verfügung stehen“, so die Begründung im Antragstext.

SPD-Verordnete Annette Hertlein erkundigte sich in der BVV auch nach Krügers Haltung zu Fahrradständern. Der versicherte, seine Verwaltung arbeite an der kontinuierlichen Verbesserung. Durch die „nur sehr begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel in der Straßenunterhaltung“ seien aber vor allem „die Verkehrssicherheit herzustellen und Gefahrenstellen zu beseitigen“. flip

## Doch kein Abriss?

BW 21.12

### Ehemalige Kohlehandlung könnte erhalten bleiben

Schöneberg. Eigentlich sollte die ehemalige Kohlehandlung von Julius und Annedore Leber in der Torgauer Straße abgerissen werden. Ein Denkmal sollte danach an den NS-Widerstandskämpfer und seine politisch wie gesellschaftlich engagierte Frau erinnern. Doch nun soll die Landesebene mitreden.



Das Häuschen an der Torgauer Straße soll nach dem Willen der BVV zunächst nicht abgerissen werden. Foto: Liptau

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat in der vergangenen Woche einen Antrag von SPD und Grünen verabschiedet, wonach das Verfahren künftig auf Senatsebene weitergeführt werden soll. „Wegen der über den Bezirk herausragenden Bedeutung soll die Senatskanzlei für kulturelle Angelegenheiten gebeten werden, die weitere Konzeptentwicklung für diesen neuen Informations- und Gedenkort unter Beteiligung von Vertretern der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, der Geschichtswerkstatt, der

Familie, engagierter Bürger und der BVV zu koordinieren“, so der Wunsch der Antragsverfasser.

Damit könnte der vom Bezirksamt vorgesehene Abriss des Gebäudes am Ende doch noch verhindert werden. Mit Mitteln aus dem Förderprogramm „Stadtumbau West“ sollte an dessen Stelle ein Denkmal nach Entwürfen von Katharina Karrenberg unter dem Titel „Windfang“ entstehen. Die Planung wurde in den vergangenen Wochen gleich von mehreren

Seiten stark kritisiert. Baustadtrat Daniel Krüger (CDU) erklärte nach der BVV-Entscheidung, Grundstück und Gebäude würden nun zunächst gesichert. „Wir werden dann sehen, wie sich die Zeitspanne darstellt.“ Sollte das Verfahren länger dauern, müssten die Baumaßnahmen für den Grünzug entlang der Torgauer Straße umgeplant werden. Für die Umplanung im Bezug auf den Gedenkort rechnet er mit Kosten im sechsstelligen Bereich. flip

## TEMPELHOF-SCHÖNEBERG Schlechte Bilanz für Müllbehälter in Parks

MOP  
1.12

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG – Die Müllbehälter, die das Bezirksamt in den Parks aufgestellt hat, sind anfällig für Vandalismus. Zu diesem Ergebnis kam der Stadtrat Daniel Krüger (CDU). Insgesamt seien 29 dieser Behälter mit 500 Liter Fassungsvermögen angeschafft worden. Ein Problem sei, dass manche Leute dort ihren Hausmüll entsorgten. Außerdem hätten einige schon gebrannt. „Der Bezirk hat 59.000 Euro für die Behälter gezahlt, das Ergebnis ist nicht zufriedenstellend“, bilanzierte Krüger. bsm

## TEMPELHOF-SCHÖNEBERG Kriedte-Haus soll für Flüchtlinge genutzt werden

MOP  
17.12

LICHTENRADE – Die BVV hat einen Antrag der CDU an das Bezirksamt abgelehnt, das Georg-Kriedte-Haus am Kirchhainer Damm zu einem Studentenwohnheim umzubauen. Die SPD-Fraktion forderte die CDU auf, den Verdacht auszuräumen, sie wolle damit ein Flüchtlingsheim verhindern. Die CDU wies diese Unterstellung zurück. Stadträtin Sibyll Klotz (Grüne) merkte an, dass ein Verfahren zum leerstehenden Kriedte-Haus laufe. Es gebe drei Interessenten in einem Bieterverfahren. Alle wollten Plätze für Flüchtlinge schaffen. Die Immobilie solle laut Liegenschaftsfonds an den Höchstbietenden gehen. bsm

# Klatsche für Klotz

BVV verweigert Kenntnisnahme einer Mitteilung zur Gartenkolonie Säntisstraße

**Marienfelde. Alle Parteien in der Bezirksverordnetenversammlung, einschließlich der eigenen, weigern sich, eine „Mitteilung zur Kenntnisnahme“ von der Stadträtin für Stadtplanung, Sibyll Klotz (Bündnis 90/Grüne), zur Kenntnis zu nehmen.**

Es geht um die Kleingartenkolonie Säntisstraße in Marienfelde, die, wie berichtet, für ein großes Logistikzentrum plattgemacht werden soll. Die Bauarbeiten auf einem Nachbargrundstück haben schon begonnen. Dabei hatte die BVV Anfang 2010 einen gemeinsam von SPD,

CDU und Grünen eingebrachten Antrag beschlossen, wonach sich das Bezirksamt stattdessen für den Erhalt der Laubenkolonie einsetzen sollte. In der BVV-Oktober-Sitzung staunten viele Verordnete nun nicht schlecht, als die zuständige Stadträtin Klotz plötzlich, obwohl zwischenzeitlich offiziell nichts über Bemühungen des Bezirksamts zum Erhalt der Kolonie verlautbarte, mit der „Mitteilung zur Kenntnisnahme“ um die Ecke kam.

Damit sollten die Empfänger den Beschluss von 2010 im Grunde „als erledigt“ betrachten, weil man für die

Kolonie eben nichts tun könne. Die Frage lautet nun, ob und was das Bezirksamt in den letzten beiden Jahren und unternommen hat, um das Logistikzentrum an dieser Stelle zu verhindern?

Die Mitteilung zur Kenntnisnahme wurde auf Initiative der CDU-Fraktion prompt abgelehnt und zur weiteren Beratung zurück in den Ausschuss für Stadtentwicklung überwiesen. Dieser tagte nun vergangene Woche. Weit über 100 Bürger, vornehmlich betroffene Laubenpieper und Anwohner der Säntisstraße kamen ins Rathaus Schöneberg. Stadträtin Sibyll Klotz verhedderte sich

beim Versuch einer Rechtfertigung und setzte ihrem Vortrag die Krone auf, indem sie sinngemäß erklärte, dass „als erledigt anzusehen“, nicht unbedingt heißen muss, dass der Vorgang tatsächlich erledigt sei. Alle Ausschussmitglieder, einschließlich der eigenen Parteifreunde, verweigerten der Stadträtin daraufhin zum zweiten Mal die Kenntnisnahme. Zunächst muss wohl nun abschließend geklärt werden, ob es sich um ein ehemaliges Bahngelände handelt oder nicht. Außerdem wird ein bislang fehlendes Lärm- und Verkehrsgutachten angemahnt. Es bleibt spannend. HDK

## Frisch zum Geburtstag

BVV will Neugestaltung des John-F.-Kennedy-Platzes

**Schöneberg. Wenn das Rathaus Schöneberg im nächsten Jahr 100. Geburtstag feiert, soll sein Vorplatz frisch saniert sein. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat jetzt ihre Wünsche formuliert.**

Es soll nicht alles anders werden, aber vieles besser: SPD, CDU und Grüne haben einen gemeinsamen Antrag verabschiedet, der die Grundzüge für die Umgestaltung fest schreibt. Für die Sanierung soll die ursprüngliche Gestaltung „Vorbild sein, aber nicht bindend“. Bis 2014, so der Wunsch der Bezirksverordne-

ten, soll vor allem die räumliche Konzeption überarbeitet und so den aktuellen Nutzungsansprüchen angepasst werden. Dabei sollen die Parkplätze „neu organisiert und an die veränderte Nutzung angepasst“ werden. Ob ihre Anzahl dabei reduziert werden soll, wird im Antrag nicht ausgeführt. Dafür allerdings der Wunsch, zu prüfen, ob nicht einige Plätze für Carsharing-Konzepte oder Elektroautos genutzt werden könnten. Geprüft werden soll auch die Anzahl der Fahrradabstellplätze und die Möglichkeit, überdachte Abstellbereiche in der Nähe des Rathauses zu schaffen.

Auch die Fußgänger sollen sich künftig anders über den Platz bewegen können. Die beiden Mittelwege, die von der Martin-Luther-Straße aus auf das Rathausportal zuführen, sollen zu einem breiteren Weg zusammengeführt werden, der dann vielleicht sogar mit Baumreihen gesäumt werden könnte. Die bestehenden Bäume bleiben allesamt erhalten. Lediglich die Hochbeete, in denen sie stehen, sollen eingeebnet werden. Gefordert wird zudem, dass unterirdische Anschlüsse für Strom, sowie die Be- und Entwässerung geschaffen werden. Außerdem wünschen sich die Verordneten ein Blindenleitsystem. „Die Neupflasterung des Platzes“, so heißt es allerdings, „ist auf ein notwendiges Maß zu begrenzen.“

Im zweiten Bauabschnitt ist nach 2014 zu prüfen, ob die Badensche Straße verengt werden kann. In diesem Zusammenhang könnte am Kreuzungspunkt mit der Martin-Luther-Straße eventuell auch ein zweiter Fußgängerüberweg entstehen.

Die Kosten der Umgestaltung werden voraussichtlich über ein Sanierungsprogramm für Plätze aus dem Landeshaushalt gedeckt. Die Anwohner sollen laut BVV-Antrag im Vorfeld informiert werden. „Eine Beteiligung der Bürger ist sicherzustellen“, heißt es. flip



Die schadhafte Hochbeete vor dem Rathaus sollen verschwinden. Und auch sonst soll der John-F.-Kennedy-Platz auf Vordermann gebracht werden. Foto: Liptau

## Neue Querung über Bahnstrecke

*Bev 2 18.12.11*  
**Bezirk schafft weiteren Weg für Radler und Fußgänger**

**Kürzere Wege gibt es für die Bewohner der Schöneberger Insel: Am Montag wurde eine Querung der Wannsee-Bahn übergeben. Der Steg über einem Bahn-Brückenbauwerk ist 3,50 Meter breit und etwa 20 Meter lang. Er darf von Radlern und Fußgängern gemeinsam genutzt werden. Damit gibt es nun eine durchgängige Wegeverbindung von der sogenannten Gasag-Nordspitze/Cheruskerstraße bis zum Wohngebiet Ebertstraße. Die Kosten in Höhe von 150.000 Euro kommen aus dem Programm Stadtbau West, laut Baustadtrat Daniel Krüger (CDU) wurde die Baumaßnahme innerhalb eines halben Jahres realisiert. Bereits im November wurde mit Hilfe von Stadtbau-Mitteln mit dem Alfred-Lion-Steg, einer Brücke über den Graben der Dresdener Bahn, eine neue, autofreie Verbindung zwischen den Wohngebieten Neu-Tempelhofs und Schönebergs geschaffen. (el)**

27.11.2012

## Für Millionen saniert – Fahrradstände vergessen

Kritik am neuen Wittenbergplatz wird schärfer

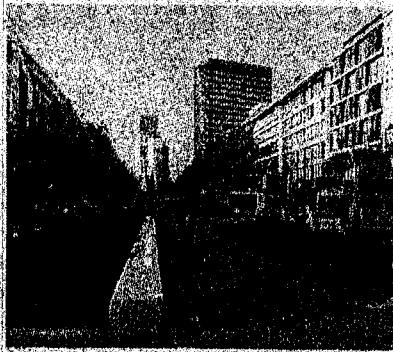
Der neue Mittelstreifen auf der Tauben-  
strasse ist schon heftig kritisiert wor-  
den: viel Granit, hässliche Bepflanzung,  
keine Bänke (siehe Tagesspiegel vom  
Sonntag). Doch auch auf Fahrradstände  
am U-Bahnhof Wittenbergplatz haben  
die Planer verzichtet. Bevor die BVG den  
Mittelstreifen zur Sanierung ihrer Tunnel-  
decke aufbuddelte, gab es eine Reihe Bü-  
gel westlich des Bahnhofs. Dort ist nun  
eine großzügige, ge-  
pflasterte Freifläche  
entstanden – ohne  
Fahrradstände.

Radfahrer behelfen  
sich mit dem schönen  
Eisenzaun um die  
denkmalgeschützte  
Station. Das ist die ein-  
zige Möglichkeit auf  
der westlichen Seite,  
ein Fahrrad anzuschließen,  
empört aber wiederum die  
BVG. Für so etwas sei  
das „schönste Bahn-  
hofsgebäude der  
Stadt“ so eine Spre-  
cherin viel zu schade.

Die BVG schiebt die  
Schuld auf den Bezirk,  
der sei für die Planung  
verantwortlich. Für Radfahrer bleibt nur  
eine Uralt-Abstellanlage auf der anderen  
Seite des Bahnhofs, Richtung Osten  
– vom berüchtigten Modell Felgenkiller.  
Darin kann nur das Vorderrad eingeklemmt werden.

Bezahlt wurde die 1,8 Millionen Euro  
teure Neugestaltung wie berichtet aus  
dem Bund-Länder-Programm „Aktive  
Zentren“ und von der BVG. Diese hatte  
drei Jahre lang die U-Bahntunnel saniert  
und den Mittelstreifen deshalb komplett  
aufgegraben. Der Bezirk Tempel-  
hof-Schöneberg hält Fahrradstände  
nicht für unbedingt erforderlich. „Es gibt  
viele andere Orte, wo das notwendig ist“,  
sagte Baustadtrat Daniel Krüger (CDU).  
Er verwies darauf, dass zwar der Witten-  
bergplatz in seinem Bezirk liege, der Um-

bau des Mittelstreifens aber vom benach-  
barten Bezirk Charlottenburg-Wilmers-  
dorf organisiert worden sei. Dessen Bau-  
stadtrat Marc Schulte (SPD) bestätigt das  
zwar, sagt aber, dass für Radstände am  
U-Bahnhof Schöneberg verantwortlich  
sei. „Wir hätten dort welche gebaut“, sagt  
Schulte. Der Bezirk Charlottenburg-Wil-  
mersdorf lobt sich als fahrradfreundlich.  
2011 wurde für die West-City, vor allem



**Der neue Mittelstreifen:  
Granit und Eibenhecken,  
sonst nichts.**

den Kurfürstendamm  
das erste „Fahrradab-  
stellanlagenkonzept“  
von Berlin erstellt.  
Ein Planungsbüro er-  
mittelte, wie viel offi-  
zielle Stellplätze es  
gibt und wo wild ge-  
parkt wird. Die Se-  
natsverkehrsverwal-  
tung spendierte  
50 000 Euro für das  
Konzept. Davon hat  
Charlottenburg-Wil-  
mersdorf bereits an  
mehreren Stellen des  
Kurfürstendamms  
Fahrradbügel aufge-  
stellt.

Für den Fahrrad-  
club ADFC ist es ein  
Überraschung, dass an einer  
so wichtigen Station wie dem Wittenberg-  
platz Fahrradstände ersatzlos abgebaut  
werden. „Die müssen unbedingt sein“,  
sagte die ADFC-Vorsitzende Eva-Maria  
Scheel, und zwar „ortsnah möglichst di-  
rekt an der U-Bahn“. Das sieht im Prinzip  
auch die BVG so. Das Unternehmen  
preist im Internet „Bike and Ride“, also  
die Fahrradmitnahme in den öffentlichen  
Verkehrsmitteln und das Abstellen der  
Räder an Haltestellen. Bis Ende 2012 sol-  
len 3000 teilweise überdachte Abstell-  
möglichkeiten für Fahrräder an U-Bahn-  
höfen und Haltestellen von Straßenbahn  
und Bus fertig sein. Schon jeder zehnte  
Radfahrer nutze die Kombination von  
Fahrrad und BVG. Der Wittenbergplatz  
ist mit drei Linien eine der wichtigsten  
Stationen der Stadt. JÖRN HASSELMANN

Abst. 22.12.12

## Tempelhofer Forum langfristig sichern

Das Bezirksamt soll prüfen, inwiefern das Tempelhofer Forum auch über den 31. Dezember 2013 hinaus an dem jetzigen Standort weiter geführt werden kann. Hierfür soll ein Konzept für die Erhaltung der Einrichtung als bezirkliche Begegnungsstätte entwickelt werden. In den letzten zwei Jahren wurden mehrere zehntausend Euro in die Instandsetzung des Gebäudes investiert. Die Aufgabe der Stätte hieße, dass diese Kosten keine Nachhaltigkeit für den Bezirk gehabt hätten. Außerdem sei das Tempelhofer Forum aus Sicht der CDU-Fraktion ein unverzichtbarer Bestandteil der bezirklichen Infrastruktur. (sara)

## 40 Eheschließungen im Standesamt

Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg haben 39 Paare den 12. Dezember 2012 als Tag für ihre Eheschließung ausgewählt. Einen Tag in dieser Form gibt es schließlich nur alle hundert Jahre. Im Standesamt stellten sich acht ~~Standesbeamten~~ und Standesbeamte sowie fünf Beschäftigte der Herausforderung und trauten die Paare zwischen 8 und 19.30 Uhr im Akkord-Modus. (sara)

## Entschädigung für Ehrenamt

Bürger, die sich im Bezirk ehrenamtlich engagieren, sollen künftig entschädigt werden – mit einem kostenfreien Zugang zu allen bezirklichen Veranstaltungen und einer vergünstigten Monatskarte der BVG. Ehrenamtliche Arbeit verdiene höchste Anerkennung und großen Respekt, so die CDU-Fraktion. (sara)

## FAHRRADSTÄNDER

Die bei der Sanierung des Wittenbergplatzes vergessenen Fahrradständer sollen bis zur Fahrradsaison 2013 nachgerüstet werden. Das forderte die CDU-Fraktion in der BVV.

## Ärger um ehemaliges Seniorenwohnheim

In der letzten BVV-Sitzung beantragte die CDU-Fraktion, das ehemalige Georg-Kriedte-Haus in Lichtenrade als Studentenwohnheim zu nutzen. In der Debatte hob der antragstellende Bezirksverordnete der CDU Lichtenrade, Manuel Schubert, hervor: „Bei einer Zahl von 140.000 Studierenden in Berlin muss neuer Wohnraum für sie geschaffen werden.“ Der zweite Antragsteller Hagen Kliem, äußerte: „Jede Möglichkeit sollte

geprüft werden, um neuen und bezahlbaren Wohnraum für Studierende zu schaffen“. Die Fraktionen der SPD und Grünen stimmten jedoch mehrheitlich gegen den Antrag der CDU-Fraktion. Der private Investor will das ehemalige Heim zu einem Asylbewerberheim umrüsten. 250 bis 300 Plätze sollen dann für Flüchtlinge entstehen. Der Christdemokrat Jan-Marco Luczak sieht diesen Plan „als Belatung für den Bezirk“. (sara)

Abst. 15.12.

## CDU fordert Eltern-Kind-Arbeitsplätze in der Bezirksverwaltung

Die CDU-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg möchte, dass das Bezirksamt im Rahmen eines Modellversuchs eine begrenzte Anzahl von Eltern-Kind-Arbeitsplätzen in den Dienststellen des Bezirks einrichtet. So etwas gibt es zum Beispiel bereits in Teilen der Berliner Steuerverwaltung, die damit schon positive Erfahrungen gemacht hat. Ein entsprechender Antrag der CDU befindet sich derzeit in der Ausschussberatung. So bestünde die Möglichkeit, Kinder mit ins Büro zu bringen, wenn unerwartet ein Betreuungsgengpass entsteht. Eine

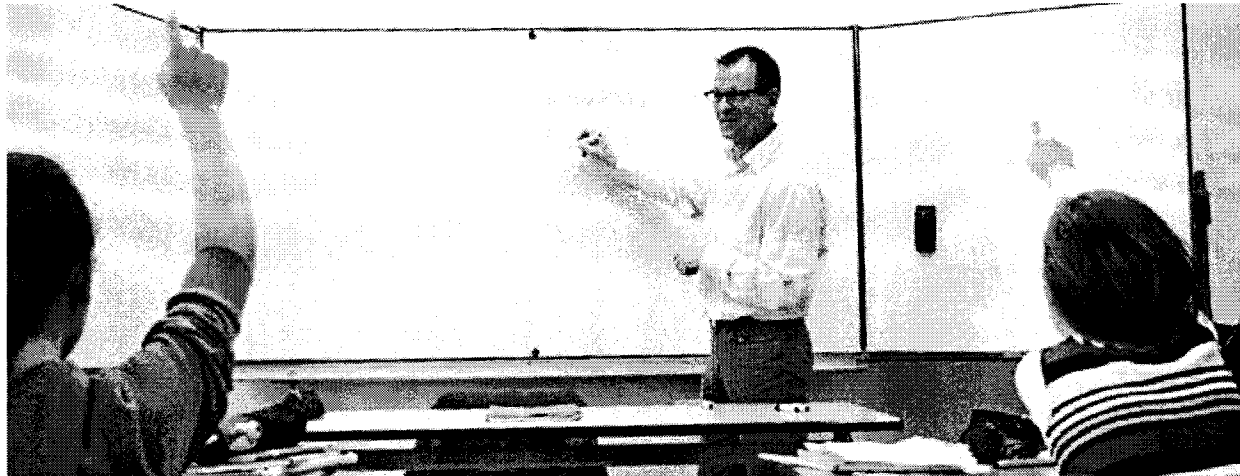
Prüfung auf Initiative der CDU hatte ergeben, dass die Kosten sich hierfür auf weniger als 10.000 Euro jährlich je Arbeitsplatz belaufen würden, auch die technische und organisatorische Realisierung ist laut Prüfung des Bezirksamtes möglich. Derzeit arbeitet das Bezirksamt an der Einpassplanung der Verwaltung für die Bürodienstgebäude, hierbei sollten Eltern-Kind-Arbeitsplätze mit eingeplant werden. Da der Bezirk ab 2013 wieder selbstständig neue Mitarbeiter einstellen kann, wird sich ein erhöhter Bedarf für eine solche Einrichtung automatisch ergeben.

# Das Angebot ist vorerst gesichert

Eltern setzten sich für Französisch am Rheingau-Gymnasium ein

Friedenau. Die nächsten vier Jahre sind erst einmal gesichert: Nachdem Schulstadträtin Jutta Kaddatz (CDU) im September angekündigt hatte, Französisch als erste Fremdsprache am Rheingau-Gymnasium streichen zu wollen, liefen Eltern, Lehrer und Bezirkspolitiker Sturm. Jetzt wird auf Landesebene nach einer langfristigen Lösung gesucht.

„Für uns war es nicht nachvollziehbar, dass das Angebot gerade hier eingestampft werden sollte“, sagt Bert Minske, stellvertretender Schulleiter des Rheingau-Gymnasiums an der Schwalbacher Straße. Seit über 40 Jahren wird dort Französisch als erste Fremdsprache gelehrt. Also diejenigen Schüler unterrichtet, die schon in der Grundschule mit dem Erlernen der Sprache begannen und ihre Kenntnisse nach dem Wechsel an die Oberschule vertiefen sollen. An insgesamt drei Standorten im Bezirk gibt es dieses Angebot: neben dem Rheingau-Gymnasium am Rückert-Schule an der Schöneberger Mettestraße und am Luise-Henriette-Schule an der Tem-



Der stellvertretende Schulleiter Bert Minske freut sich vor allem über das Engagement der Eltern.

Foto: Liptau

pelhofer Germaniastraße. 96 Plätze stehen damit pro Jahrgang zur Verfügung.

Weil im kommenden Schuljahr voraussichtlich nur 40 nachgefragt werden, wollte die Schulstadträtin das Angebot zurückfahren. Ausgerechnet am Rheingau-Gymnasium, bei dem die Nachfrage traditionell am höchsten ist. 24 Plätze wurden im vergangenen Sommer besetzt. An den anderen beiden Schulen waren es nur fünf beziehungsweise sechs. „Würde unser Angebot nicht angenommen, müssten wir noch einmal darüber nachdenken. Aber solange die

Nachfrage da ist, wollen wir so weitermachen können“, sagt Minske. Kaddatz begründete ihre Entscheidung damit, dass die beiden anderen Schulen geografisch besser über den Bezirk verteilt, für die Schüler also besser erreichbar seien. Die Schulaufsicht hat sie in dieser Sichtweise unterstützt.

Nachdem die Pläne im September öffentlich gemacht wurden, seien laut Minske „die Eltern aus ganz Friedenau“ aktiv geworden. Denn nicht nur die, die ihre Kinder schon am Gymnasium haben, wollten das Angebot retten, sondern auch diejeni-

gen, deren Kinder an den Friedenauer Grundschulen, beispielsweise der Stechlinsee-Grundschule, bereits Französisch lernen und am Rheingau-Gymnasium damit weitermachen wollen. „Der Anteil der Eltern bei der Rettung war riesig“, so der stellvertretende Schulleiter.

Tatsächlich wird nun erst einmal vier Jahre weiter unterrichtet. Denn auch der Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Mark Rackles (SPD), war gegen die rasche Streichung und will in den kommenden vier Jahren eine berlinweite

Lösung für tragfähige Angebotsstrukturen im Fremdsprachenbereich erarbeiten. Auch die Bezirksverordnetenversammlung sprach sich heftig gegen die Pläne der Schulstadträtin aus. Minske hofft, sich nun in Ruhe auf anstehende Veränderungen vorbereiten zu können. Schulstadträtin Kaddatz sagt zwar, vor der Entscheidung im September habe es eine „monatelange Beratung“ gegeben. „Die wurde aber in keinem Fall mit den Betroffenen geführt“, sagt Minske. „Denn weder die Lehrer noch die Eltern wurden darüber frühzeitig informiert.“ flip

Keine Haftung  
bei Glätte <sup>BW</sup> 5.12.12

Tempelhof-Schöneberg. Vorsicht bei Schnee und Glätte in den öffentlichen Grünanlagen: Das bezirkliche Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt weist auf die geltende Rechtslage hin, wonach in öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen gemäß Grünanlagen-gesetz keine Verpflichtung zur Schnee- und Eisglättebeseitigung besteht. Der Stadtrat Daniel Krüger (CDU) betont, dass die Benutzung der Gehwege in den Anlagen auf eigene Gefahr erfolgt. Das Land Berlin übernehme keine Haftung bei Unfällen infolge von vereisten oder verschneiten Flächen. flip

Aberndol.  
15.12.

## Schlechte Bilanz für neue Müllbehälter

Die vom Bezirksamt neu aufgestellten Müllbehälter in den Parks seien Anziehungspunkt für Vandalismus, resümiert Baustadtrat Daniel Krüger (CDU). Die 29 Behälter mit jeweils 500 Liter Fassungsvermögen ließen manche Leute ihren Hausmüll dort abladen. Gebrannt hätten diese ebenfalls schon. Sauberer seien die Parks durch die neuen Behälter nicht, ärgert sich Krüger.

# Fix über die Bahn <sup>BW 26.12.12</sup>

## Wannseebahnquerung zur Gasag-Nordspitze ist eröffnet

Schöneberg. Ein kleines Brücklein mit großem Effekt: Mitte Dezember wurde ein Fußgänger- und Radfahrsteg eröffnet, der die Ebersstraße mit dem Park an der Gasag-Nordspitze verbindet. Damit wächst die „Rote Insel“ weiter aus ihrer städtebaulichen Isolation.

Seit fast 25 Jahren sei die Diskussion über eine Verbindung über die Wannseebahn geführt worden, so der für das Bauwesen zuständige Stadtrat Daniel Krüger (CDU) bei der Eröffnung der kleinen Brücke. „Da haben also viele Menschen lange Jahre drauf gewartet.“

Die ersten Fußgänger, die den Steg zwischen der Ebersstraße und der neuen Grünfläche am nördlichen Abschluss des früheren Gasag-Geländes nach der offiziellen Eröffnung überquert haben, sind damit jünger als der Wunsch nach dem Brücklein: Kinder der benachbarten Teltow-Grundschule in der Feurigstraße haben ausprobiert, wie es ist, einfach so auf die andere Seite der Bahn laufen zu können.

Schulleiterin Erdmute Schendel freute sich riesig: „Wir sind quasi die nächsten Betroffenen und für uns bedeutet das eine enorme Aufwertung des Schulhofs.“ Der erstreckte sich jetzt über den Steg hinweg „bis in den Park hinein“.

Finanziert wurde das Projekt südlich der Julius-Leber-Brücke über den Stadtbau West und als Teil des Programms „Nord-Süd-



Die Kinder der Teltow-Grundschule durften den neuen Steg als erste überqueren. Foto: Liptau

Grünzug“. 146 000 Euro wurden in den 20 Meter langen und dreieinhalb Meter breiten Steg investiert. Eine Besonderheit ist, dass er auf dem Gelände der Bahn errichtet wurde. Ein Gestattungsvertrag mit dem Unternehmen sichert das Brücklein für die kommenden 20 Jahre. Danach, das behalte die Bahn sich vor, könnte die Querung wieder verschwin-

den. „Deshalb mussten wir die alten Kabelkanäle der Bahn erhalten“, so Krüger. Die Stränge sind direkt unter der Brücke in einer Metallkonstruktion gesichert.

Dass der Steg im Abstand von wenigen Minuten leicht errichtet, ist übrigens normal. Direkt unter dem Bauwerk verläuft die S-Bahnlinie 1. So ist das eben auf Bahngelände. flip

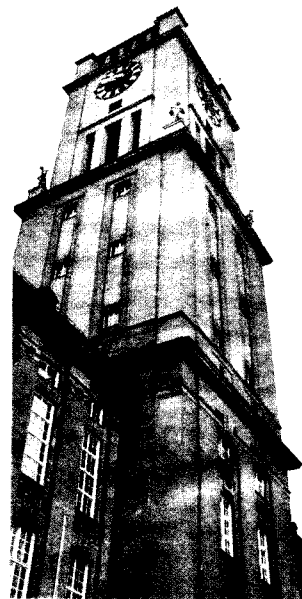
# Erinnerung <sup>BW 5.12.12</sup> an den 17. Juni

## Bezirksverordnete wollen Veranstaltung

Schöneberg. Im kommenden Jahr jährt sich der DDR-Volksaufstand zum 17. Juni 1953 zum 60. Mal. Weil sechs Tage nach dem Ereignis 12 500 Westberliner zu einer Trauerkundgebung vor das Rathaus Schöneberg zogen, soll hier eine Gedenkveranstaltung stattfinden.

Sachverhalt“, so der Antrag der BVV, „macht deutlich, welche Bedeutung das Rathaus Schöneberg in der Phase der Spaltung Berlins und Deutschlands hatte.“ Dieser Situation sei „durch eine entsprechende Veranstaltung im Jahr 2013 Rechnung zu tragen.“ flip

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat in ihrer November-Sitzung einen Antrag der CDU-Fraktion verabschiedet, wonach das Bezirksamt gemeinsam mit der Senatsebene prüfen soll, ob eine „Veranstaltung von überregionaler Bedeutung“ im Rathaus erfolgen könne. Zur Begründung wird die Rolle des Rathauses als zentraler Ort des Gedenkens für Westberlin angeführt. Am 23. Juni waren 12 500 Menschen zu einer Trauerkundgebung auf den damaligen Rudolph-Wilde- und heutigen John-F.-Kennedy-Platz gekommen. Dabei sprachen der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Jacob Kaiser (beide CDU) und Berlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter (SPD). „Dieser



Am Rathaus Schöneberg soll 2013 mit einer Gedenkveranstaltung an den 17. Juni 1953 erinnert werden. Foto: Liptau

## TEMPELHOF-SCHÖNEBERG <sup>MOP 20.12</sup> Kohlenhandlung von Leber bleibt vorerst stehen

SCHÖNEBERG – Das Gebäudeensemble der ehemaligen Kohlenhandlung Annedore und Julius Leber an der Torgauer Straße wird vorerst nicht abgerissen. Es soll bis zur weiteren Klärung über den Fortbestand weiträumig durch zusätzliche Zäune gesichert werden. Das teilte Stadtrat Daniel Krüger (CDU) auf eine Einwohneranfrage in der BVV mit. Aus Verkehrssicherungsgründen müssten jedoch die Einfriedungsmauern entlang der Grundstücksgrenze in Teilen abgetragen werden. Das Grundstück soll zudem von belasteten Böden befreit werden. bsm

## <sup>MOP 29.12</sup> TEMPELHOF-SCHÖNEBERG Neue Fahrrad-Abstellbügel auf dem Wittenbergplatz

SCHÖNEBERG – Auf dem Wittenbergplatz sollen ausreichend Fahrrad-Abstellanlagen aufgebaut werden. Das haben die Bezirksverordneten beschlossen. Mit dem Architekturbüro, das für die Neugestaltung des Tauentzien-Mittelstreifens verantwortlich zeichnet, soll das Bezirksamt prüfen, wo Platz für Radbügel ist. Die Installation solle im Frühjahr zur Rad-saison beginnen. Wie Stadtrat Daniel Krüger (CDU) mitteilte, beabsichtigt auch die S-Bahn Berlin, am Bahnhof Südkreuz (Werner-Voß-Damm/Höhe Ballonfaherweg) eine Fahrradabstellanlage zu errichten. bsm

## TEMPELHOF-SCHÖNEBERG <sup>MOP 2</sup> Kitas sollen keine Rundfunkgebühren zahlen

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG – Kindertagesstätten sollen auch weiterhin von den Rundfunkgebühren befreit bleiben. Dafür soll sich das Bezirksamt bei den zuständigen Stellen einsetzen. Diesen CDU-Antrag haben die Bezirksverordneten einvernehmlich in der jüngsten Versammlung beschlossen. Hintergrund ist, dass ab Januar ein neuer Vertrag zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gilt. Die Rundfunkgebühren werden dann pauschal pro Haushalt oder Unternehmen berechnet. Je mehr Angestellte ein Unternehmen hat, desto höher ist der Beitrag. Für Einrichtungen des Gemeinwohls wie Hochschulen, Polizei oder gemeinnützige Stiftungen und Vereine gelten gesonderte Regelungen: Sie zahlen monatlich maximal 17,98 Euro pro Betriebsstätte. „Bislang waren gemeinnützige Einrichtungen wie Kitas von den GEZ-Gebühren befreit. Das muss auch in Zukunft so bleiben“, fordert die Versammlung der Bezirksverordneten. bsm

# Heinrich-Lassen-Park immer noch dicht

flv  
26.11.12

## Mängel beim Rasen sind der Grund

**Schöneberg. Am Ende wird der Lassenpark mindestens zwei Jahre teilweise gesperrt gewesen sein. Nach ewigen Diskussionen im Bezirksparlament folgen nun noch handwerkliche Mängel.**

Monatelang hatten die Kontrahenten in der BVV darüber gestritten, wie die Wegeführung im Heinrich-Lassen-Park an der Belziger Straße aussehen soll. Nach einem Baustopp im Jahr 2011 war in diesem Sommer endlich weitergebaut worden. Die bereits angelegte neue Wegeführung wurde dabei im Wesentlichen zurückgebaut.

Damit die Grünfläche nach dem ewigen Hin und Herschnell wieder genutzt werden könnte, wurde extra das Gras nicht etwa ausgesät, sondern Rollrasen verlegt. Doch der schützende Bau-

zaun um die Rasenfläche steht noch immer, obwohl die Arbeiten seit dem Herbst abgeschlossen sind.

Der für Grünflächen zuständige Stadtrat Daniel Krüger (CDU) erklärt das mit Mängeln am Rasen. Sein Amt habe die Arbeiten nicht abgenommen, die beauftragte Firma müsse Nacharbeiten leisten. Worin die Mängel genau bestehen, kann Krüger nicht sagen. „Es wurde eben nicht die Qualität geliefert, die man für so eine Fläche erwarten darf“, so der Stadtrat. Bevor der Schnee den Rasen kürzlich abgedeckt hatte, war zu sehen, dass das Gras sich über der Fläche des zurückgebauten Wegs gelblich verfärbt hat. Trotz der Probleme könnte der Park im Sommer wieder vollständig nutzbar sein. Das erste Mal seit dann schon zweieinhalb Jahren. flp



**Der Bauzaun im Lassenpark steht seit zwei Jahren und kann immer noch nicht abgebaut werden.**

Foto: Liptau